

Antrag des Präsidenten an den ETH-Rat

Anlagerichtlinien des ETH-Rates (überarbeitete Version von Thierry Lombard)

Im Protokoll der Sitzung des ETH-Rates vom 28./29. Mai 2008 ist unter Traktandum 22 „Bericht des Audit-Ausschusses“ festgehalten: „Krasna berichtet über die Diskussion des Revisionsberichts. Der Bericht ist insgesamt gut ausgefallen. Einzelne Punkte, welche bemängelt wurden, sollten bis Ende Jahr bereinigt sein ... Eine weiterer offener Punkt sind die Stiftungen (foundations) der beiden ETH. Es stellen sich Fragen zur Governance und namentlich zur Aufsicht über diese Stiftungen. Eichler schlägt vor, dass die beiden Schulen eine gemeinsame Note zur Governance, zur Aufsicht und zur Revision ihrer Stiftungen dem ETH-Rat an einer nächsten Sitzung unterbreiten.“ Der Präsident des ETH-Rates hat sich bereit erklärt, parallel dazu selbst eine Analyse zur Frage durchzuführen, ob der ETH-Rat eine Aufsichtspflicht über die Stiftungen der beiden Schulen hat (allfälliges Rechtsgutachten). Um Doppelspurigkeiten und unnötige Arbeiten zu vermeiden, soll die Analyse erst nach Vorliegen des Berichtes der beiden Schulen (Federführung ETH Zürich) vorgenommen werden. Sowohl der Bericht der beiden Hochschulen als auch die Analyse stehen noch aus.

Der ETH-Rat hat an seiner Sitzung vom 28./29. Mai 2008 unter dem Traktandum 27 „Anlagerichtlinien des ETH-Rates“ den von der ETH Zürich und der ETH Lausanne überarbeiteten Entwurf diskutiert. Aufgrund der in Traktandum 22 aufgeworfenen und erneut diskutierten Grundsatzfragen (z. B. Verantwortlichkeit des ETH-Rates, Aufsicht des Audit-ausschusses, Stellung der Stiftungen), aber auch wegen Fragen zur Performance und zu Risiken wurde der Beschluss ausgesetzt und der Antrag zurückgezogen. Thierry Lombard wurde gebeten, den Entwurf vertieft zu prüfen und Präzisierungen sowie Klärungen vorzuschlagen. Der beiliegende, überarbeitete Entwurf schafft gemäss Thierry Lombard einen sicheren und professionellen Rahmen, der die Verantwortung und den Ruf des ETH-Bereiches schützt und einen langfristig bestmöglichen Einsatz der finanziellen Mittel ermöglicht.

Der Beschluss über den von Thierry Lombard ausgearbeiteten Entwurf für die Anlagerichtlinien soll bis zum Vorliegen der ausstehenden Berichte aufgeschoben werden.
--

Beilagen:

Schreiben von Thierry Lombard an den Präsidenten des ETH-Rates vom 8. August 2008

Anlagerichtlinien des ETH-Rates vom 28./29. Mai 2008 (Version Lombard)

Directives de placement du Conseil des EPF des 28 et 29 mai 2008 (Version Lombard)

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat)

Auszug aus dem Protokoll

Bern, 23./24. September 2008

Anlagerichtlinien des ETH-Rates (überarbeitete Version von Thierry Lombard)

Auf Antrag des Präsidenten wird

beschlossen:

1. Der Entscheid über die Anlagerichtlinien wird bis zum Vorliegen des gemeinsamen Berichts der ETH Zürich und der ETH Lausanne zur Governance, zur Aufsicht und zur Revision ihrer Stiftungen sowie einem allfälligen zusätzlichen, vom Präsidenten des ETH-Rates in Auftrag gegebenen, Rechtsgutachten aufgeschoben.
2. Mitteilung an die Präsidenten der ETH sowie die Direktorin und die Direktoren der Forschungsanstalten durch Zuschrift.

Für die Richtigkeit:

Der Präsident des ETH-Rates

Der Protokollführer des ETH-Rates



Lombard Odier Darier Hentsch & Cie
Banquiers privés depuis 1796

Genève, le 8 août 2008

TLO/vmi

Dr. Iur. Fritz Schiesser
Président
Ecoles Polytechniques Fédérales
Haldeliweg 15
8092 Zurich

Directives de placement du Conseil des EPF des 28 et 29 mai 2008

Monsieur le Président,
Cher Monsieur,

Comme demandé, nous nous sommes penchés, avec l'aide et l'appui de nos spécialistes et notamment M. Yvar Mentha en dialogue avec M. Walter Bertold, sur la manière de proposer des directives de placement pour les fonds de tiers et les autres fonds de tiers détenus par les deux Ecoles et les 4 Instituts.

Notre principal objectif a été d'essayer de formuler des directives créant un cadre sécuritaire et professionnel qui protège la responsabilité et la réputation du domaine des EPF, tout en assurant des règles "state of the art" permettant à ces capitaux d'être investis de la manière la plus performante possible à long terme.

Je reste à votre disposition pour tout appui complémentaire ou supplémentaire sur ce sujet qui nous tient particulièrement à cœur.

Recevez, Monsieur le Président, cher Monsieur, l'expression de mes meilleures salutations.

Thierry Lombard

Annexe : ment.

Anlagerichtlinien des ETH-Rates vom 28./29. Mai 2008 (Version Lombard)

Der ETH-Rat

gestützt auf Art. 34c Absatz 2 ETH-Gesetz¹

beschliesst:

1. Kapitel Geltungsbereich

- ¹ Diese Anlagerichtlinien gelten für die beiden ETH in Zürich und Lausanne und die vier Forschungsanstalten (PSI, WSL, Empa, Eawag).
- ² Sie beziehen sich auf Drittmittel, die den ETH direkt oder im Rahmen von privaten Stiftungen zur Verfügung gestellt werden und deren Zweck in unmittelbarem Zusammenhang mit einer der Institutionen des ETH-Bereichs steht.
- ³ Sie gelten nicht für die Erst- und Zweitmittel, die zur Finanzierung des laufenden Betriebs der ETH dienen. Die Bewirtschaftung dieser Mittel unterliegt den besonderen Vorschriften der Tresorerievereinbarung, der Vereinbarung zwischen der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) und dem ETH-Rat über die Tresoreriebeziehungen zwischen der EFV und dem ETH-Bereich vom 29. November 2007.

2. Kapitel Ziele

- ¹ Die Bewirtschaftung der Mittel ist so zu steuern, dass die ETH und die Forschungsanstalten ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit fristgerecht, zweckkonform und mit hoher Sicherheit erfüllen können.
- ² Die Auswahl und die Bewirtschaftung der Anlagen hat sorgfältig zu erfolgen, damit negative Auswirkungen auf die Reputation der Institutionen des ETH-Bereichs vermieden werden.

3. Kapitel Grundsätze der Anlagepolitik

- ¹ Jede Institution wählt ihre Anlagestrategie entsprechend der individuellen Risikofähigkeit unter Berücksichtigung der Laufzeit der Anlagen aus. Innerhalb der gleichen Institution können für verschiedene Portfolios mit unterschiedlichen

¹ SR 414.110

Laufzeiten verschiedene Anlagestrategien gewählt werden. Die Anlagestrategien orientieren sich am aktuellen Vermögensstand, den zukünftigen Verpflichtungen sowie den erwarteten Mittelzu- und -abflüssen. Sie werden in regelmässigen Abständen, mindestens alle zwei Jahre, überprüft und bei Bedarf angepasst.

- 2 Die Institutionen wenden anerkannte Grundsätze und die beste institutionelle Praxis an. Die Grundsätze der Anlagestrategie und die den internen Verwaltungsorganen bzw. den externen Vermögensverwaltern bezüglich der Umsetzung dieser Strategie erteilten Anweisungen werden von den Institutionen schriftlich in einem Dokument festgelegt, das jährlich überarbeitet wird.
- 3 Die Institutionen erstellen eine strategische Allokation und legen fest, welche Anlagekategorien sie verwenden wollen. Die Institutionen wählen die Anlagekategorien aus den Anlagen aus, die gemäss BVV2² zulässig sind. Eine Erweiterung der Anlagen über die in der BVV2 festgelegten Kategorien und Begrenzungen hinaus ist für Mittel möglich, die mit einer Laufzeit von mehr als 3 Jahren angelegt werden. Die Institutionen legen für jede Anlagekategorie eine Zielgrösse (strategische Benchmark) sowie Bandbreiten mit einem Minimum und einem Maximum fest, die stets einzuhalten sind. Die Institutionen lassen bei der Festlegung ihrer Anlagestrategie grösste Vorsicht walten, beachten die Risiken der Finanzmärkte und stellen sicher, dass die in Kapitel 2 festgelegten Grundsätze auch unter schwierigen Marktbedingungen jederzeit eingehalten werden können.
- 4 Sie erstellen für jede Anlagekategorie eine Liste der zulässigen Anlageinstrumente, gleich ob es sich um direkte oder indirekte Anlagen handelt (namentlich über kollektive Kapitalanlagen). Sie legen die Mindestanforderungen hinsichtlich Qualität und Bonität der Schuldner und der Vertragspartner sowie die Grundsätze der Diversifikation der Anlagen fest, die einzuhalten sind. Der Einsatz von Derivaten und strukturierten Produkten erfolgt restriktiv (hauptsächlich zur Abdeckung von Währungs- oder Marktrisiken) und ohne eine Hebelwirkung auf das investierte Vermögen auszuüben.

² SR 831.441.1, Art. 53 ff.

4. Kapitel Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung

- ¹ Die ETH und Forschungsanstalten tragen die Gesamtverantwortung und die Risiken für die Bewirtschaftung und Verwaltung der ihnen zustehenden Mittel
- ² Die ETH und Forschungsanstalten treffen geeignete organisatorische Massnahmen, um die mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen bzw. Finanzinstitute angemessen überwachen zu können. Sie benennen die Organe und die Personen, die den gesamten Investitionsprozess steuern und validieren. Bei der Umsetzung der Anlagerichtlinien stellen die ETH und die vier Forschungsanstalten insbesondere folgende Massnahmen sicher:
 - Anlageorganisationen und Kompetenzregelungen, die einen systematischen Ablauf der Anlageentscheidungsprozesse gewährleisten,
 - Stufengerechte periodische interne Berichterstattung (Controlling und Reporting). Das Controlling der Vermögensanlagen ist so festzulegen, dass eine rechtzeitige, verlässliche und stufengerechte Versorgung mit den erforderlichen führungsrelevanten Informationen sichergestellt und die für eine effiziente Führung erforderliche Transparenz der Vermögensbestände, -werte und -ergebnisse kontinuierlich gewährleistet ist.
- ³ Die ETH und Forschungsanstalten können die Vermögensverwaltung zusammen mit Finanzinstituten oder beauftragten Vermögensverwaltern tätigen. Die Auswahl der Vermögensverwaltungen erfolgt in einem dokumentierten, nachvollziehbaren Prozess. Als externe Vermögensverwaltungen werden nur Banken und Finanzintermediäre eingesetzt, die einem einschlägigen Finanzmarktgesetz oder Aufsichtsgesetz in der Schweiz oder im Ausland unterstehen.
- ⁴ Die von den ETH und Forschungsanstalten mit der Anlage und Verwaltung von Vermögen betrauten Personen dürfen keine missbräuchlichen Eigengeschäfte tätigen.³
- ⁵ Die mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen haben ihren Vorgesetzten jährlich eine schriftliche Erklärung darüber abzugeben, ob und welche

³ Missbräuchlich ist namentlich das Ausnützen eines kursrelevanten Informationsvorsprunges zur Erlangung eines Vermögensvorteils; das Handeln in einem Titel oder in einer Anlage, solange die eigene Institution mit diesem Titel oder dieser Anlage handelt und sofern der Institution daraus ein Nachteil entstehen kann. Dem Handel gleichgestellt ist die Teilnahme an solchen Geschäften in anderer Form; das Tätigen von Anlagen in Kenntnis von geplanten oder beschlossenen Transaktionen der Institution. Das Tätigen von Parallelanlagen ist erlaubt, sofern der Institution daraus keine Nachteile erwachsen.

persönlichen Vermögensvorteile sie im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit für die ETH und Forschungsanstalten entgegengenommen haben. Nicht offenlegungspflichtig sind Bagatell- und übliche Gelegenheitsgeschenke.

- ⁶ Die ETH und Forschungsanstalten informieren den ETH-Rat jährlich im Rahmen des Rechenschaftsberichtes über die Performance der Anlagen und allfällige geplante Massnahmen. Der Rechenschaftsbericht muss überzeugend belegen, dass die in Kapitel 2 festgelegten Ziele und namentlich die Wahrung der ausgezeichneten Reputation des ETH-Bereichs im Berichtsjahr strikt befolgt und eingehalten wurden.
- ⁷ Die ETH und Forschungsanstalten informieren den ETH-Rat bei besonderen Vorkommnissen unverzüglich.

5. Kapitel Kontrolle

Das Interne Audit des ETH-Rates überprüft die ordnungsgemässe Umsetzung der Anlagerichtlinien.

6. Kapitel Schlussbestimmungen

Diese Anlagerichtlinien wurden vom ETH-Rat am 28./29. Mai 2008 genehmigt. Sie treten rückwirkend auf den 1. Januar 2008 in Kraft.

Bern, 28./29. Mai 2008

Der Präsident:

Dr. iur. Fritz Schiesser

Directives de placement du Conseil des EPF des 28 et 29 mai 2008 (Version Lombard)

Le Conseil des EPF,

vu l'art. 34c, al. 2, de la loi sur les EPF¹

arrête:

Chapitre 1 Champ d'application

- ¹ Les présentes directives de placement sont applicables aux deux EPF de Zurich et de Lausanne, ainsi qu'aux quatre établissements de recherche (PSI, WSL, Empa, Eawag).
- ² Elles concernent les fonds de tiers mis à disposition des EPF soit de manière directe, soit dans le cadre de fondations privées dont le but est en lien direct avec une des institutions du domaine des EPF.
- ³ Elles ne s'appliquent pas aux fonds primaires et secondaires qui servent directement au financement du fonctionnement courant des EPF, la gestion de ces fonds étant régie par des règles spécifiques, conformément aux prescriptions du contrat de trésorerie, contrat du 29 novembre 2007 entre l'Administration Fédérale des Finances (AFF) et le Conseil des EPF régissant les relations de trésorerie entre l'AFF et le domaine des EPF.

Chapitre 2 Objectifs

- ¹ L'exploitation des fonds doit être gérée de telle façon que les EPF et les établissements de recherche puissent en tout temps satisfaire à leurs obligations financières dans les délais requis, conformément aux objectifs visés et avec un niveau élevé de sécurité.
- ² Le choix et la gestion des placements doivent être réalisés avec diligence, pour éviter tout effet négatif sur la réputation des institutions du domaine des EPF.

Chapitre 3 Principes de la politique de placement

- ¹ Chaque institution choisit sa stratégie de placements en fonction des risques qu'elle peut assumer eu égard aux horizons temps en fonction desquels elle doit

¹ RS 414.110

mobiliser les fonds disponibles. Différents portefeuilles avec des horizons temps différents peuvent faire l'objet de stratégies de placements différentes au sein de la même institution. Les stratégies de placement sont basées sur l'état actuel de la fortune, sur les engagements futurs ainsi que sur les sorties et les entrées de fonds attendues. Elles sont réexaminées et adaptées si nécessaire sur une base régulière, au minimum tous les 2 ans.

- 2 Les institutions appliquent des principes reconnus et la pratique institutionnelle la meilleure. Elles consignent par écrit dans un document révisé chaque année les principes de la stratégie de placements ainsi que les instructions qui sont données en matière d'implémentation de ladite stratégie aux organes de gestion internes, respectivement aux mandataires externes choisis par l'institution.
- 3 Les institutions établissent une allocation stratégique en définissant les classes d'actifs qu'elles entendent utiliser. Les institutions choisissent les classes d'actifs parmi celles qui sont définies par l'OPP2² dans les classes d'actifs autorisées. Une extension des placements au delà de ces classes d'actifs et des limites fixées par l'OPP2 est possible pour des fonds qui peuvent être mobilisés dans un horizon de temps supérieur à 3 ans. Pour chaque classe d'actifs sélectionnée, les institutions fixent un objectif chiffré (benchmark stratégique) ainsi que des bandes de fluctuation minimum et maximum qui doivent être respectées en tout temps. Dans l'établissement de la stratégie de placements, les institutions font preuve d'une grande prudence en intégrant les différents risques des marchés financiers et en s'assurant que les principes fixés au chapitre 2 précité puissent être respectés en tout temps, même dans des circonstances de marchés difficiles.
- 4 Pour chaque classes d'actifs, les institutions établissent une liste des instruments de placements autorisés, qu'il s'agisse de placements directs ou indirects (par le biais not. de véhicules collectifs). Elles définissent quelles exigences minima sont fixées au niveau de la qualité et la solvabilité des débiteurs et des contreparties ainsi que les principes de diversification des placements qui doivent être respectés. Les produits dérivés et structurés sont utilisés de façon restrictive (principalement dans un objectif de couverture des risques monétaires ou de marchés) et sans exercer d'effet de levier sur la fortune investie.

² RS 831.441.1, art. 53 ss.

Chapitre 4 Tâches, compétences et responsabilité

- ¹ Les EPF et les établissements de recherche assument la responsabilité globale et les risques de la gestion et de l'administration des fonds qui leur sont confiés.
- ² Les EPF et les établissements de recherche prennent les mesures d'organisation leur permettant de contrôler de manière adéquate les personnes et les instituts financiers chargés de la gestion de leur fortune. Elles définissent notamment les organes et les personnes responsables de piloter et valider l'ensemble du processus d'investissement. Dans la mise en œuvre des directives de placement, les EPF et les quatre établissements de recherche s'assurent de la réalisation des mesures suivantes notamment:
 - Organisation des placements et règlement des compétences garantissant un déroulement méthodique des processus de décision de placement;
 - Système de compte rendu interne, périodique et respectueux des niveaux hiérarchiques (controlling et reporting). Le controlling des placements de la fortune est établi de façon que les informations pertinentes pour la gestion des investissements parviennent bien en temps utile aux niveaux hiérarchiques compétents. Il doit garantir, également en tout temps, la transparence sur l'état et la valeur de la fortune, ainsi que sur les résultats patrimoniaux, transparence indispensable à une gestion efficace des placements.
- ³ Les EPF et les établissements de recherche peuvent administrer leur fortune en collaboration avec des instituts financiers ou des gérants de fortune mandatés. Le choix des formes de gestion de fortune s'effectue selon un processus documenté et clair. Seuls sont admis comme mandataires externes les banques et les intermédiaires financiers soumis à une loi spécialisée sur les marchés financiers ou sur la surveillance des marchés, en Suisse ou à l'étranger.
- ⁴ Les personnes chargées par les EPF et les établissements de recherche de placer et d'administrer la fortune de ceux-ci, s'abstiennent de conclure des affaires abusives pour leur propre compte³.
- ⁵ Les personnes chargées de la gestion de fortune doivent déclarer chaque année par écrit à leurs supérieurs si elles ont reçu des avantages patrimoniaux

³ Sont considérés comme abusifs, notamment le fait d'utiliser une avance d'information ayant un rapport avec les cours de bourse dans le but d'obtenir un avantage financier personnel et le fait de faire commerce d'un titre ou d'un placement aussi longtemps que l'institution mandante fait elle-même commerce de ce titre ou de ce placement, dans la mesure où un désavantage peut en résulter pour celle-ci. Est aussi considéré comme un commerce toute participation à de telles affaires sous une autre forme. Est également abusif, le fait d'effectuer des placements en ayant connaissance de transactions décidées ou prévues par l'institution mandante. La pratique des placements parallèles est autorisée pour autant qu'il n'en résulte aucun désavantage pour l'institution mandante.

personnels en rapport avec l'exercice de leur activité pour les EPF et les établissements de recherche et, le cas échéant, préciser lesquels. Ne sont pas soumis au devoir d'annonce, les cadeaux bagatelles et les cadeaux occasionnels d'usage.

- 6 Les EPF et les établissements de recherche informent chaque année le Conseil des EPF, dans le cadre de leur rapport d'activité, sur les performances des placements et sur les mesures envisagées. Le rapport d'activité devra établir de manière concluante que les objectifs énoncés au chapitre 2 et notamment la préservation de la bonne réputation des institutions du domaine des EPF ont été rigoureusement respectés pendant l'exercice écoulé.
- 7 Les EPF et les établissements de recherche sont tenus d'informer sans délai le Conseil des EPF sur tout événement extraordinaire.

Chapitre 5 Contrôle

L'Audit interne du Conseil des EPF vérifie la mise en œuvre régulière des directives de placement.

Chapitre 6 Dispositions finales

Les présentes directives de placement ont été approuvées par le Conseil des EPF les 28 et 29 mai 2008. Elles entrent en vigueur rétroactivement le 1er janvier 2008.

Berne, les 28 et 29 mai 2008

Le président:

Fritz Schiesser